

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

(56. - öffentliche - Sitzung am 28. Oktober 2020)

Außerhalb der Tagesordnung:

Der Ausschuss kam einvernehmlich überein,

den ursprünglich unter Tagesordnungspunkt 5 vorgesehenen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „**Vogeljagd im Nationalpark Wattenmeer stoppen - Landwirtinnen und Landwirte bei Gänseschäden besser entschädigen**“ in der [Drs. 18/1530](#) von der Tagesordnung abzusetzen und

„**Terminfragen**“ als neuen Tagesordnungspunkt 5 auf die Tagesordnung zu setzen.

Außerdem befasste sich der Ausschuss mit der Frage, wie hinsichtlich der noch zur Beratung anstehenden Anträge der ehemaligen AfD-Fraktion verfahren werden soll.

Ferner erörterte der Ausschuss die Frage der Durchführung von Sitzungen unter Zuhilfenahme digitaler Technik bzw. unter Zuhilfenahme von Videokonferenztechnik.

Beratungsthemen:

1. **Gemeinschaftlicher und partnerschaftlicher Schutz der Artenvielfalt auf Augenhöhe**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/6383](#)

Der Ausschuss bat einstimmig den mitberatenden Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz um die Abgabe einer Stellungnahme zu dem Antrag.

2. a) **Rechtliche Regeln für Tierhandel im Internet - Registrierungs- und Chip-Pflicht einführen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/6762](#)

b) **Regelungen für Exotenhandel verschärfen - Tierschutz verbessern, Zoonosen eindämmen, Artenschutz gewährleisten**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/7353](#)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er kam überein, zu beiden Anträgen den Versuch zu unternehmen, eine gemeinsam von allen Fraktionen getragene Beschlussempfehlung zu erarbeiten.

3. **Der günstige Erhaltungszustand des Wolfes muss offiziell anerkannt werden**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/7545](#)

Seitens der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU wurde als Tischvorlage ein Antragstext mit der Überschrift „Für ein vernünftiges Miteinander von Mensch und Wolf - Umsetzung am Beispiel des französischen Modells zum Wolfsmanagement in Deutschland“ verteilt.

Der Ausschuss stellte daraufhin einvernehmlich den Antrag der Fraktion der FDP zurück. Er kam überein, den Antrag der FDP-Fraktion sowie den in Form einer Tischvorlage angekündigten Antrag der Koalitionsfraktionen zusammen zu behandeln.

4. **Tiere schützen - Tiertransporte vermeiden**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/7551](#)

Der Ausschuss kam überein, diesen Antrag zusammen mit dem Antrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 18/3566 - Lange Tiertransporte verbieten - sofortigen Transport-Stopp durchsetzen - sowie mit dem Antrag der ehemaligen Fraktion der AfD in der Drucksache 18/3265 - Verbot von Lebensmitteltransporten in Drittländer - zu behandeln.

Ferner verständigte er sich darauf, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Er beschloss, dass von den Fraktionen der SPD und der CDU jeweils zwei Anzuhörende und von den Fraktionen der Grünen und der FDP jeweils eine Anzuhörende/ein Anzuhörender benannt werden. Er bat darum, der Landtagsverwaltung innerhalb der nächsten Woche die Anzuhörenden mitzuteilen.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/DIE Grünen wurde um eine schriftliche Stellungnahme der Landesregierung zu einem aktuellen Urteil des Verwaltungsgerichtes Oldenburg zu einer Klage gegen den Erlass des Landes, betreffend das Verbot von Tiertransporten in Nicht-EU-Staaten, gebeten.

5. **Terminfragen**

Der Ausschuss verständigte sich einvernehmlich darauf, am 2. November 2020 eine Sondersitzung - Beginn 13 Uhr - durchzuführen.